NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Gemeindevertretung
am Freitag, 27.06.2025, 20:00 Uhr

Vorsitzender Dr. Andreas Mars
Schriftführer/in Susanne Gutmann
Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus Trebur

I. Teilnehmer

Anwesend

	Mitglieder	Bemerkung
--	------------	-----------

FWT

1.	Herr Luca Fückel	
2.	Herr Günther Lindemann	
3.	Herr Jürgen Möbus	
4.	Herr Rüdiger Lukas	
5.	Herr Erhard Philipp Krichbaum	
6.	Frau Martina Kindinger	
7.	Herr Reinhard Fückel	
8.	Frau Ute Lukas	
9.	Herr Willi Rörig	
10.	Herr Karlheinz Schad	
11.	Herr Agustino Aversano	
12.	Herr Peter Tiefel	
13.	Herr Jan Vöglin	

CDU

14.	Herr Ralf Nordmann	
15.	Herr Thomas Wetzel	
16.	Herr Uwe Krumb	
17.	Herr Roland Kraft	
18.	Herr Constantin Mussel	

GLT

19.	Frau Barbara Fuchs	
20.	Frau Lilly Bunk	
21.	Herr Dr. Andreas Mars	
22.	Frau Dr. Sonja Mars	

SPD

23.	Frau Renate Leppla	
-----	--------------------	--

24.	Frau Yasemin Paukner	
25.	Frau Astrid Schickling	

FDP

26.	Herr Stephan Dehler	
-----	---------------------	--

	weiter anwesend:	
	Herr Jochen Engel	
	Herr Jan Bachmann	
	Herr Harry Frank	
	Herr Harald Frick	
	Frau Silke Schwinn	
	Herr Jochen Walther	

II. Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender der Gemeindevertretung Dr. Andreas Mars eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung und begrüßt die Anwesenden.

III. Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Mitteilungen und Berichte
 - 3.1 Mitteilungen und Berichten des Vorsitzenden
 - 3.2 Mitteilungen und Berichte des Gemeindevorstandes
 - 3.3 Mitteilungen und Berichte aus Verbänden und Beteiligungen
4. Haushalt 2025
 - 4.1 Haushalt 2025; I. Fortschreibung
 - 4.2 Haushalt 2025; II. Fortschreibung
 - 4.3 Anträge zum Haushalt
 - 4.3.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2025, lfd. Nr. HH25_AT001, Haushalt 2025 Sitzbänke und Wellenliege statt Feldwegesäuberung
 - 4.3.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2025, lfd. Nr. HH25_002, Haushalt 2025 Einmalliste
 - 4.3.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2025, lfd. Nr. HH25_003, Sanierung Riedweg
 - 4.3.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2025, lfd. Nr. HH25_004, Sanierung Eigenheim
 - 4.3.5 Antrag der GLT-Fraktion, Ortsumgehungsstraße Trebur (2. Absatz)

- 4.3.6 Antrag der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. HH25_AT006, Einführung eines Bücherbus
- 4.3.7 Mündlicher Antrag der CDU-Fraktion; Streichung der 15.000 € Feldwegesäuberung
- 4.4 Beschlussfassung über den Haushalt 2025
- 5. Konsolidierungspapier 2025
 - 5.1 Konsolidierungspapier Ergebnishaushalt
 - 5.2 Konsolidierungspapier Finanzhaushalt
- 6. Anfragen der Fraktionen
 - 6.1 Anfrage der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. 008, Aktuelle Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest im Gemeindegebiet
 - 6.2 Anfrage der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. 009, Fahrradweg Geinsheim zum Kornsand
 - 6.3 Anfrage der FWT-Fraktion vom 10.06.2025, lfd. Nr. 010, Sachstand AT 1664 - Entsiegelung von Flächen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Dr. Andreas Mars eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung und begrüßt die Anwesenden.

Die Gemeindevertreter Ioannis Jahn, Christian Bender, Norman Bernt, Markus Lapp und Berthold Stadion sowie die Beigeordneten Regina Buhrmester und Reinhard Exner sind entschuldigt.

Es wird festgestellt, dass die Einladung fristgerecht zugestellt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 2 Beschluss über die Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass es keine Tagesordnung A und B gibt.

Die Verwaltung hat Stellungnahmen zu den Tagesordnungspunkten 4.3.5, 4.3.6 sowie die Beantwortung der Anfragen zum TOP 6 am Sitzungstag versandt.

Der Tagesordnungspunkt 4.3.2 mit der Verschiebung der Gelder ins Jahr 2026 ist als erledigt zu betrachten ist.

Ebenfalls als erledigt gilt der Tagesordnungspunkt 4.3.4, da dieser Punkt mit der II. Fortschreibung (Pos. 21 und 22) zum Haushalt 2025 eingestellt ist.

Die vorliegende Tagesordnung wird **einstimmig mit 26 Ja-Stimmen** bei **keinen Enthaltungen** angenommen.

TOP 3 Mitteilungen und Berichte

TOP 3.1 Mitteilungen und Berichten des Vorsitzenden

Mandatsmeldung nach § 26a HGO in Verbindung mit § 2 Geschäftsordnung der Gemeindevertretung

Der Vorsitzende erinnert an die Pflicht zur Meldung über Mandate in Verbänden und Körperschaften des öffentlichen Rechts. **Frist ist der 30. Juni 2025.**

Stadtradeln

Das Klima-Bündnis und die Gemeinde Trebur verleihen Christian Gerke mit **1777 km** die Auszeichnung für die erfolgreichste Einzelleistung **ohne E-Antrieb** unter den Parlamentariern im Rahmen des Stadtradelns 2025.

Christian Gerke nimmt die Urkunde und das Präsent entgegen.

TOP 3.2 Mitteilungen und Berichte des Gemeindevorstandes

Kontostand

Die Kontostände der Gemeinde Trebur belaufen sich aktuell auf insgesamt 3.579.453,68 Euro.

Aufgrund der Liquiditätsschwankungen zum Quartalsende (Gehälter und Kreisumlage sind bereits gezahlt, aber Einnahmen aus Einkommensteueranteil etc. stehen noch aus), wurde die variable Geldanlage vorübergehend aufgelöst. In wenigen Wochen sollte sich dies wieder ausgleichen.

Gewerbesteuerveranlagung

Bürgermeister Jochen Engel teilt mit, dass bei der Gewerbesteuerveranlagung im Juni weitere Erträge in Höhe von 51.765 EUR veranlagt wurden.

Die Gesamterträge belaufen sich auf 4.521.596 EUR. Damit fehlen noch 578.404 EUR um den Haushaltsansatz zu erreichen.

Neubau Feuerwehrgerätehaus Trebur

Der Gemeindevorstand hat folgende Aufträge im Zuge des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Trebur beauftragt:

- Lieferung und Installation einer elektronischen Schließanlage zum Preis von 35.520 EUR, die identisch zu den bereits in anderen Liegenschaften verbauten Schließanlagen sind.
- Estricharbeiten zum Preis von 31.691 EUR. Insgesamt sind 12 Angebote bis zu einem Höchstpreis von 102.861 EUR eingegangen. Der günstigste Wettbewerbspreis liegt 48.632 EUR unter der Kostenschätzung.
- Herstellung der Zu- und Ausfahrten zum Preis von 47.319 EUR im Rahmen der Generalausschreibung für Arbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen. Vergleichsangebote waren leider unwirtschaftlicher. Die Position fällt rund 13.800 EUR höher aus, als in der Kostenschätzung vorgesehen.
- Lieferung und Installation von zwei baugleichen stationären Stromerzeugern für die Gerätehäuser in Trebur und Geinsheim zum Preis von insgesamt 62.567 EUR. Es handelt sich um den gleichen Hersteller wie bei den bereits vorhandenen mobilen Stromerzeugern, was Wartung und Unterhaltung vereinfacht. Zudem lagen auch hier die Kosten rund 32.150 EUR unter der Kostenschätzung.

Insgesamt befindet sich die Baumaßnahme nach wie vor im Zeit- und Kostenplan.

Saisonkräfte für den Bauhof

Beim Bauhof sind in diesem Jahr drei mehrmonatige Personalausfälle zu verzeichnen, die sich besonders im Bereich der Grünpflege auswirken.

Um die Ausfälle zumindest teilweise zu kompensieren, hat der Gemeindevorstand zwei Saisonkräfte bis Oktober 2025 befristet eingestellt, die in der nächsten Woche ihre Arbeit aufnehmen.

Sanierung Wirtschaftsweg zwischen Wallerstädten und Trebur sowie am Saulachgraben

Der Gemeindevorstand hat eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Kreis Groß-Gerau, der Stadt Groß-Gerau und der Gemeinde Trebur beschlossen. Die Vereinbarung umfasst die Planung und Sanierung des Wirtschaftsweges zwischen Wallerstädten und Trebur sowie den Wirtschaftsweg am Saulachgraben im Zuge der Kreisradroute 16.

Die Sanierung erfolgt federführend durch den Kreis Groß-Gerau und dieser hat dafür eine entsprechende Landeszuwendung in Höhe von 90 % beantragt. Die Maßnahme wird nur umgesetzt, wenn die beantragten Fördermittel durch das Land bewilligt werden.

Der verbleibende Eigenanteil von 10 % wird von den beiden Kommunen getragen und beläuft sich für die Gemeinde Trebur anteilig auf 85.000 EUR.

Eröffnung Teo-Einkaufsmarkt in Astheim

Die Eröffnung des neuen Teo-Einkaufsmarktes in Astheim findet am 10 Juli 2025 statt wurde. Hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitglieder der gemeindlichen Gremien herzlich eingeladen.

Teo hat bereits zugesichert, dass in den ersten Tagen tagsüber eine Ansprechperson vor Ort sein wird, um Fragen zu beantworten und bei der Einweisung in das digitale Selbstbedienungskassensystem zu helfen. Zudem haben die Astheimer Landfrauen angekündigt, dass sie - nach einer Einweisung durch das Teo-Personal – ebenfalls innerhalb der Ortsgemeinschaft behilflich sein wollen.

Mit der Übernahme der Teo Märkte durch die neue Betreiberfirma, endet die Kooperation mit Tegut. Neuer Partner zur Bestückung der Selbstbedienungsmärkte ist inzwischen EDEKA.

TOP 3.3 Mitteilungen und Berichte aus Verbänden und Beteiligungen

Es liegen keine Berichte vor.

TOP 4 Haushalt 2025

TOP 4.1 Haushalt 2025; I. Fortschreibung

Die Gemeindevertretung nimmt die in der Anlage beigefügte I. Fortschreibung zum Haushalt 2025 **zur Kenntnis**.

TOP 4.2 Haushalt 2025; II. Fortschreibung

Zu Beginn lässt der Vorsitzende über die Pos. 1 Rathaus Trebur; Ratssaal und Gemeindevorstandszimmer - Ausstattung mit Mobiliar (Tische und Stühle) wie folgt abstimmen:

Der Antrag der CDU-Fraktion auf 20.000 Euro einen Sperrvermerk (Austausch Tische) zu Setzen, den die Gemeindevertretung aufzuheben hat, wird mit **6 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt**.

Im Anschluss nimmt die Gemeindevertretung die II. Fortschreibung zum Haushalt 2025 zur **Kenntnis**. Die Liste ist Anlage zur Niederschrift.

TOP 4.3 Anträge zum Haushalt

TOP 4.3.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2025, lfd. Nr. HH25_AT001, Haushalt 2025 Sitzbänke und Wellenliege statt Feldwegesäuberung

Ralf Nordmann (CDU) erläutert den Antrag zur Einstellung von 15.000 € im Produkt „Heimat- und sonstige Kulturpflege“ für die Anschaffung von Sitzbänken und Wellenliegen in allen Ortsteilen.

Für den Fall der Ablehnung stellt er mündlich den Antrag, die lfd. Nr. 64 in der Einmalliste („Pflege der Bankette an Feldwegen“) zu streichen.

Die Gemeindevertretung **lehnt** den Antrag zur Einstellung von 15.000 € für die Anschaffung von Sitzbänken und Wellenliegen **mit 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung ab**.

Der mündliche Antrag wird im weiteren Verlauf der Sitzung unter Tagesordnungspunkt 4.3.7 zur Abstimmung gestellt.

TOP 4.3.2Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2025, lfd. Nr. HH25_002, Haushalt 2025 Einmalliste

Der Top gilt als erledigt, da die Gelder in das Jahr 2026 verschoben werden.

TOP 4.3.3Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2025, lfd. Nr. HH25_003, Sanierung Riedweg

Die Gemeindevertretung **lehnt** den Antrag mit **3 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen ohne Enthaltung mehrheitlich**, die im Haushaltsentwurf 2025 vorgesehenen 2,2 Mio. €, für die Sanierung des Riedwegs für den Zeitraum 2025 - 2027 im Investitionsprogramm (I-21-0027) auf den für die Sanierung der Brücken notwendigen Betrag zu reduzieren, **ab**.

TOP 4.3.4Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2025, lfd. Nr. HH25_004, Sanierung Eigenheim

Es erfolgt keine Abstimmung, da der Punkt auf der II. Fortschreibung (Pos. 21 und 22) zum Haushalt 2025 eingestellt ist.

TOP 4.3.5Antrag der GLT-Fraktion, Ortsumgehungsstraße Trebur (2. Absatz)

Der Vorsitzende informiert, dass der erste Teil des Antrages in der Sitzung der Gemeindevertretung am 28.03.2025 bereits beschlossen wurde. Hierzu liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Im Anschluss **lehnt** die Gemeindevertretung mit **4 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen ohne Enthaltung somit mehrheitlich** den nachstehenden Punkt **ab**:

Die Mittel für die Planungen sind nur dann einzustellen, wenn eine realistische Finanzierung der zu tätigen Zinsen im Zeitrahmen der gültigen Gutachten (ohne dass diese neue beauftragt werden müssen) gewährleistet ist.

TOP 4.3.6 Antrag der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. HH25_AT006, Einführung eines Bücherbus

Der Vorsitzende fragt die antragstellende Fraktion, ob sie ihren Antrag noch konkretisieren möchte.

Die GLT-Fraktion ergänzt ihren Antrag dahingehend, dass 80.000 € in der Investitionsliste im Haushalt aufzunehmen sind.

Im Anschluss lehnt die Gemeindevertretung mit **4 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen somit mehrheitlich** die Beschaffung, Vorbereitung und Inbetriebnahme eines Bücherbus gemäß Vorstellung in der Sitzung des ASKS, **ab**.

TOP 4.3.7 Mündlicher Antrag der CDU-Fraktion; Streichung der 15.000 € Feldwegesäuberung

Die Gemeindevertretung lehnt den mündlichen Antrag, die Streichung der lfd. Nr. 64 in der Einmalliste („Pflege der Bankette an Feldwegen“) mit **20 Nein-, 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung ab**.

TOP 4.4 Beschlussfassung über den Haushalt 2025

Nach den Erläuterungen des Bürgermeisters zur Beschlussvorlage, stellt Frau Dr. Sonja Mars einen Antrag zur Geschäftsordnung – die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen.

Die Gemeindevertretung stimmt mit **17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen** einer 10minütigen Sitzungsunterbrechung zu.

Die Sitzung wird um 21:06 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Anschließend erfolgt die Aussprache zum Haushalt sowie die Abstimmung über den Haushalt wie folgt:

1. Die Gemeindevertretung beschließt **mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen** die Haushaltssatzung mit allen Bestandteilen und ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2025 in beigefügter Fassung.

Das planerische Defizit in Höhe von 4.726.841 Euro im ordentlichen Ergebnis wird gem. § 92 Abs. 5 Ziffer 1 HGO durch die Inanspruchnahme der außerordentlichen und der ordentlichen Rücklage gedeckt.

Der bestehende Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt beläuft sich auf 9.779.005 Euro. Zur Finanzierung ist in § 2 der Haushaltssatzung eine Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 9.700.000 Euro festgesetzt.

Der Restbetrag in Höhe von 79.005 Euro wird über die vorhandenen liquiden Mittel abgedeckt bzw. finanziert.

2. Die Gemeindevertretung beschließt **mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen** das Investitionsprogramm für die Jahr 2024 bis 2028.

3. Es wird **zur Kenntnis genommen**, dass ein Haushaltssicherungskonzept nicht notwendig ist.

Die Haushaltssatzung zum Haushalt 2025, der Ergebnis- und Finanzhaushalt und das Investitionsprogramm sind Anlage zur Niederschrift.

TOP 5 Konsolidierungspapier 2025

TOP 5.1 Konsolidierungspapier Ergebnishaushalt

Die Gemeindevertretung nimmt das beiliegende Konsolidierungspapier 2025 **zur Kenntnis**.

Über die folgenden Positionen wird einzeln abgestimmt:

- **Pos. 1 – Digitalisierung von Sitzungsunterlagen (ausnahmslos):**
Die Gemeindevertretung beschließt diese Position **mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen**.
- **Pos. 20 – Wegfall des Geschwisterbonus in den Kindertagesstätten:**
Auf Grundlage des **Änderungsantrags der CDU-Fraktion** wird eine **Ermäßigung ab dem 2. und 3. Kind** beschlossen. Die Position wird **mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung** angenommen.

En-bloc-Abstimmung (gelb markierte Positionen):

Die Gemeindevertretung stimmt en bloc über die Positionen 7, 10, 14, 17, 18, 19, 26 und 28 ab.

Dabei werden **mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen** die Empfehlungen des HFA beschlossen (vgl. beigefügte Anlage).

Nicht markierte Positionen:

Für die übrigen, nicht farblich markierten Positionen besteht Einvernehmen, die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weiter zu verfolgen.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass durch diesen Beschluss noch keine Satzung geändert wird oder Bindungswirkung eintritt. Es erfolgt lediglich die Beauftragung des Gemeindevorstands zur Umsetzung und Vorlage entsprechender Beschlussvorlagen – ggf. in Absprache mit den zuständigen Kommissionen. Nach Abschluss der Überarbeitung werden die Vorlagen der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

TOP 5.2 Konsolidierungspapier Finanzhaushalt

Im Anschluss wird die Liste der Konsolidierung „Investitionen 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung“ ohne Änderungen **zur Kenntnis genommen**. Die Liste ist Anlage zur Niederschrift.

TOP 6 Anfragen der Fraktionen

Bürgermeister Jochen Engel beantwortet die Anfragen wie folgt:

TOP 6.1 Anfrage der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. 008, Aktuelle Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest im Gemeindegebiet

Vorbemerkung: § 50 Abs. 2 HGO sieht vor, dass die Gemeindevertretung die gesamte Verwaltung der Gemeinde überwacht und dies beispielsweise durch Ausübung des Fragerechts möglich ist. Das Fragerecht umfasst dabei die Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde. Auftragsangelegenheiten sind dagegen vom Fragerecht ausgenommen.

Die Anfrage bezieht sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Afrikanischen Schweinepest (ASP), wobei es sich um Auftragsangelegenheiten Tierseuchengesetz und anderer Rechtsvorschriften handelt, die zudem von den entsprechenden Veterinärbehörden auf Landkreis- und staatlicher Ebene wahrgenommen werden.

Insofern kann die Beantwortung der Anfrage durch den Gemeindevorstand rechtlich und fachlich nur eingeschränkt erfolgen.

1. Wie bewertet der Gemeindevorstand die Eingrenzung des natürlichen Gebiets für Wildtiere wie beispielsweise Rehe, die mit dieser Maßnahme eine massive Reviereinschränkung erhielten?

Die feste Zaunanlage scheint nach Einschätzung der Fachbehörden ein probates Mittel zu sein, um gemeinsam mit anderen Maßnahmen die unkontrollierte Ausbreitung der ASP einzudämmen. Der Gemeindevorstand geht davon aus, dass die Veterinärbehörden im Vorfeld eine Abwägung im Hinblick auf mögliche Einschränkungen für Wildtiere vorgenommen haben.

2. Wie bewertet der Gemeindevorstand die eingeschränkte Nutzung durch Besucherinnen und Besucher die Naherholung in naturnaher Umgebung suchen und insbesondere die Ausführung der Tordurchgänge?

Bei der Bekämpfung der ASP handelt es sich um eine Maßnahme der Gefahrenabwehr im Sinne des Tierseuchengesetzes und anderer Rechtsvorschriften. Die Naherholung muss daher vorerst im Rahmen der Verhältnismäßigkeit als nachrangig betrachtet werden.

Die bislang geschilderten Probleme mit den Toren hat der Gemeindevorstand aufgenommen und an die Veterinärbehörde des Kreises Groß-Gerau weitergeleitet.

3. Wie und wann wurden die örtlichen Betroffenen, insbesondere die Gemeindeverwaltung, der Gemeindevorstand und die Landwirte in die neue(n) Maßnahme(n) einbezogen, beteiligt oder informiert? Durch wen erfolgte die Beteiligung?

Die Gemeindeverwaltung wurde zu keinem Zeitpunkt offiziell an den Planungen der Maßnahme beteiligt.

Erst aufgrund von Hinweisen örtlicher Landwirte, dass Maßnahmen – insbesondere Pläne für einen fester Zaunbau – bereits feststünden, hat die Gemeindeverwaltung wiederholt die zuständige Stelle im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU) kontaktiert. Von dort wurde zunächst mitgeteilt, dass sich die Planungen noch in einem frühen, unkonkreten Stadium befänden und eine Information der Gemeinde zu gegebener Zeit erfolgen würde. Trotz mehrfacher telefonischer und schriftlicher Nachfragen wurden keine konkreten Informationen oder Pläne zu geplanten Zaunverläufen

mitgeteilt. Später vom HMLU mitgeteilt, dass aufgrund von Zeitmangel und dringendem Handlungsbedarf keine Beteiligung der Kommunen vorgesehen sei.

Der Gemeindevorstand hätte sich an dieser Stelle eine frühzeitige und engere Einbindung gewünscht. Die örtlichen Landwirte wurden – ebenfalls nach wiederholtem Drängen beim HMLU – über die Planung informiert.

4. Mit welchen Maßnahmen ist im Gemeindegebiet weiterhin zu rechnen bzw. welche Maßnahmen sind zwecks Wiederherstellung der natürlichen Gegebenheiten nach der Beendigung der Maßnahmen gegen die Schweinepest geplant?

Über die weiteren Maßnahmen liegen der Gemeindeverwaltung keine offiziellen Informationen vor. Auskunft kann hier die Kreisverwaltung (Veterinäramt) geben – sofern gewünscht, wird eine entsprechende Stellungnahme eingeholt.

TOP 6.2 Anfrage der GLT-Fraktion vom 08.06.2025, lfd. Nr. 009, Fahrradweg Geinsheim zum Kornsand

- 1. Wie ist der Stand zu den Planungen und dem Bau des Radwegs Geinsheim zu Kornsand?**
- 2. Wann ist seitens der verantwortlichen Stellen mit dem abgeschlossenen Bau des Radwegs zu rechnen?**
- 3. Warum gab es wiederholt terminliche Verschiebungen des Baus des Radwegs? Wie viele Verschiebungen in welchem Einzel- und Gesamtumfang gab es bisher?**
- 4. Wie viele/welche der benötigten Flächen für den Radweg sind bisher im Besitz des Bauherrn; ggf. ungefähre Angabe in Prozent?**
- 5. Ist es zutreffend, dass mit einer Neuanfertigung/Aktualisierung von Planungsunterlagen aufgrund von veralteten angewendeten Gesetzen und Vorschriften zu rechnen ist?**

Vorbemerkung:

Die Planungen eines Radwegs entlang der L 3094, von Geinsheim zum Kornsand, führt das Land Hessen mit der Landesbehörde Hessen Mobil eigenständig durch. Zwar werden einzelne Planungsaspekte mit der Gemeinde Trebur abgestimmt, aber ein aktueller Gesamtüberblick über das Projekt liegt der Verwaltung nicht vor. **Hierzu wurde die Anfrage an Hessen Mobil weitergeleitet, mit der Bitte die Fragen 1 bis 5 zu beantworten.**

Generell ist zu berichten, dass der Radweg laut Vorentwurfsplanung auf der südlichen Seite der L3094 geführt werden soll. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der anteilige Ankauf von Kleingartenflächen nahe dem Ortsausgang Geinsheim erforderlich. Nach einer letzten mündlichen Auskunft von Hessen Mobil gestaltete sich der Grunderwerb langwieriger als erwartet. Hinzu kam, dass mindestens ein Kleingarten durch die Trassierung des Radwegs seine Zuwegung verlieren würde. Hier hat die Gemeindeverwaltung gemeinsam mit Hessen Mobil an einer Lösung über ein dahinterliegendes Gemeindegrundstück gearbeitet, um eine neue Erschließung schaffen zu können. Ebenfalls hat die Gemeindeverwaltung – soweit möglich – bei der Kontaktaufnahme zu den Grundstückseigentümern (teilweise Grundstücks- bzw. Erbengemeinschaften) unterstützt.

Weitere Informationen zum Sachstand und dem weiteren Zeitplan wird Hessen Mobil erteilen.

Nachfolgend werden die an den Gemeindevorstand gerichteten Fragen beantwortet:

6. Wie bewertet der Gemeindevorstand das Gefahrenpotential in Bezug auf die Verkehrsgefährdung aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere in den Sommermonaten (in denen motorisierter und nicht-motorisierte Verkehrsmittel, beispielsweise Fahrräder, häufig auf dieser Strecke genutzt werden)?

Die Verkehrssituation, bei der sich der Radverkehr und der motorisierte Verkehr die Straße teilen, wird auf der L 3094 als unbefriedigend angesehen. Gerade in den Sommermonaten, bei hoher Verkehrsmenge und teilweise fehlender gegenseitiger Rücksichtnahme, sind Gefahrenlagen möglich – auch dadurch bedingt, dass keine Seitenstreifen vorhanden sind. Durch die Tore des ASP-Zauns kommen zudem Wartezeiten für das Öffnen und Schließen des jeweiligen Tors hinzu, wenn Radfahrende auf einen Wirtschaftsweg einbiegen wollen. Dies erfordert besondere Vorsicht von allen Beteiligten.

Aus den vorgenannten Gründen (mit Ausnahme der ASP) hat das Land Hessen die Entscheidung getroffen einen Radweg an dieser Strecke zu planen.

7. Wie bewertet der Gemeindevorstand die Planungen und den Bau eines Radwegs Geinsheim zum Kornsand im Zusammenhang mit der beabsichtigten Auskiesung in dem teilweise unmittelbar angrenzenden Planungsgebiet?

Aus der Fragestellung geht nicht klar hervor, ob eine weitere Verkehrsbelastung durch den geplanten Kiesabbau gemeint ist oder mögliche Berührungspunkte (neue Gefahrenstellen) zwischen dem geplanten Radweg und die Kiesabbauvorhaben.

Da der Radweg auf der Südseite der L 3094 geplant ist, ist nicht davon auszugehen, dass es unmittelbare Berührungspunkte durch das nördlich gelegene Kiesabbauprojekt geben wird.

Derzeit läuft das bergrechtliche Verfahren über den beantragten Neuaufschluss, so dass die Anzahl der späteren LKW-Bewegungen noch nicht beziffert werden können. Im Rahmen der Erörterungstermine hat der Gemeindevorstand sich dafür eingesetzt, die heutigen Beschränkungen aus der Genehmigung für den Kiesabbau am Kiebertsee zu übernehmen – in diesem Fall wären zumindest keine Veränderungen der Verkehrsmengen zu erwarten.

Da der Neuaufschluss allerdings weiter ortsauwärts geplant ist, würde sich die Strecke der gemeinsamen Straßennutzung von Radverkehr und Kies-LKW aber erhöhen, wenn dann nach wie vor kein Radweg vorhanden sein sollte
Gegebenenfalls kann die Frage im Rahmen des Nachfragerechts präzisiert werden, so dass eine gezieltere Antwort möglich ist.

TOP 6.3 Anfrage der FWT-Fraktion vom 10.06.2025, lfd. Nr. 010, Sachstand AT 1664 - Entsiegelung von Flächen

War der Prüfantrag AT1664 (inkl. des Ergänzungsantrages 1673) vollständig bearbeitet?

Gab es eine abschließende Stellungnahme, in der u.a. potentielle Flächen zur Entsiegelung benannt und aufgelistet wurden?

Könnten ggf. die Dokumente im RIS zur Verfügung gestellt werden?

Vorbemerkung: Die Aufgabenstellung „Umwelt“ ist seit geraumer Zeit nur in Teilzeit besetzt – derzeit mit 22 Wochenarbeitsstunden (von vorgesehenen 39 Stunden). Da zudem die Stelle „Klimamanager“ aktuell noch unbesetzt ist, sind mehrere Anfragen und Prüfaufträge aus diesen Themenbereichen noch nicht abschließend fertiggestellt, da sie jeweils parallel zum laufenden Tagesgeschäft bearbeitet werden müssen. Es wird daher um Verständnis gebeten, dass noch kein endgültiges Prüfergebnis vorgelegt werden kann.

Nachfolgend der aktuelle Sachstand:

Die Verwaltung hat sich mit dem Anliegen des Prüfantrags befasst. Im Rahmen der Bearbeitung wurde geprüft, inwieweit im Gemeindegebiet grundsätzlich Potenzial für Entsiegelungsmaßnahmen besteht. Dabei wurden verschiedene Flächenkategorien in den Blick genommen, wie etwa innerörtliche und außerörtliche Verkehrsflächen, Randbereiche öffentlicher Plätze sowie Grundstücke im Eigentum der Gemeinde.

Eine abschließende Auflistung konkreter Flächen ist bislang jedoch noch nicht vorgenommen worden. Hierfür sind weiterführende Bewertungen erforderlich – insbesondere im Hinblick auf Eigentumsverhältnisse, bestehende Nutzungen, Kosten, technische Machbarkeit und Nachnutzung. Auch die Einbeziehung potenzieller Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ist Gegenstand der laufenden Prüfung und wurde bereits mit ersten Recherchen angestoßen.

In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) Entsiegelungsmaßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz in kommunalen Gebieten“ weiterhin mit einer Förderquote von bis zu 80 % unterstützt. Diese Option wird in die weiteren Überlegungen zur praktischen Umsetzung einbezogen.

Die Verwaltung wird die weiteren Prüfschritte fortsetzen und insbesondere die Identifikation konkreter Entsiegelungsflächen mit möglichem Mehrwert für Biodiversität, Regenwasserversickerung und Begrünung weiter vorantreiben. Eine abschließende Stellungnahme mit Flächenvorschlägen ist zum jetzigen Zeitpunkt daher noch nicht erfolgt, wird jedoch nachgereicht, sobald belastbare Erkenntnisse vorliegen.

Vorsitzender der Gemeindevertretung Dr. Andreas Mars dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 22:05 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung.

Dr. Andreas Mars
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

Susanne Gutmann
Schriftführerin